

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 spbn d

## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, AfA-Bundesvorsitzender, nennt die jüngsten Ideen der Regierung zur Behebung der Ausbildungsplatz-Misere ein Ablenkungsmanöver. Seite 1

Harald B. Schäfer MdB wirft der Bundesregierung Versagen in der Beamtenpolitik vor. Seite 3

Thomas Schröer MdB über Friedrich Zimmermann: Der Dr. Mabuse der Innenpolitik. Seite 4

Carl-Heinz Schmurr, Stellvertretender AfA-Bundesvorsitzender, warnt davor, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auseinander zu dividieren. Seite 5

39. Jahrgang / 192

4. Oktober 1984

### Lehrstellen-Lotto

Das miese Spiel der Regierung mit den Ausbildungsplätzen

Von Rudolf Dreßler MdB  
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

In diesen Tagen wird immer klarer, daß die Bundesregierung ihre Pflicht, die Bereitstellung von genügend und qualitativ hinreichenden Ausbildungsplätzen zu sichern, auf's Größte verletzt. Rund 70.000 Jugendliche, vor allem junge Mädchen, des diesjährigen Schulabschluß-Jahrganges werden vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen. Weitere Zehntausende müssen hinzugerechnet werden, die im vergangenen Jahr oder noch davor vergeblich einen Ausbildungsplatz erhofften und ferner jene, die schon resigniert hatten und vielleicht ein letztes Mal sich aufraffen, um eine Lehrstelle zu bekommen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat realistisch geschätzt, daß die Zahl der Jugendlichen auf der Suche und auf dem Rückzug aus der Konkurrenz um die Ausbildungsstellen insgesamt bei über 200.000 liegt.

Wer sich diese Zahlen vor Augen hält, und wer sich dazu vergegenwärtigt, daß diese schreckliche Entwicklung absehbar war, der kommt zu dem Schluß, daß die Bundesregierung bewußt ihre Pflicht mißachtet; nicht etwa aus Hilflosigkeit oder Kurzsichtigkeit, sondern um der menschenverachtenden Durchsetzung des Grundsatzes: Die Marktkräfte müssen dafür sorgen, daß es ausreichend Lehrstellen gibt.

Die bedrückendste Rolle spielt in diesem Zusammenhang Arbeitsminister Blüm, der sich dazu ausleiht, ein Lehrstellen-Lotto zu bestreiten: Zynischer kann keinem besorgten Jugendlichen und keinem ratsuchenden Elternteil klargemacht werden, wie die Bundesregierung Ausbildungsfragen



beurteilt. Als Lotto, was heißt, Glück hat nur der Tüchtige, Pech hat eben der Verlierer. Die Bundesregierung - so lautet die Quintessenz dieser Sicht - kann dabei nur die "Glücksfee" sein. Eine ebenso verhängnisvolle Rolle erfüllt die zuständige Ministerin, Frau Wilms. Sie beschränkt ihre Tätigkeit hauptsächlich darauf, Eltern und Jugendliche zu mahnen, sie sollten nicht in Verzweiflung verfallen, es sei ja doch nicht so schlimm. Mit der Zeit werde die Lage schon besser - und wo ein Wille, da sei eben auch ein Weg.

Bundesfinanzminister Stoltenberg hat sich nun - jüngsten Berichten zufolge - durchgerungen, doch eine gesonderte Anstrengung für die Jugendlichen zuzulassen. Voraussetzung ist allerdings, daß Kabinettskollegin Wilms an anderer Stelle die benötigten Mittel aus ihrem sowieso schon schwindstüchtigen Etat einspart. Ich habe dies verwundert gelesen und mir die Augen gerieben: Über Monate hinweg hat die Bundesregierung mit einer Gnadenlosigkeit sondergleichen die Position vertreten, Sonderanstrengungen seien nicht nötig.

Gerade Ministerin Wilms wurde nicht müde, Eltern und Jugendliche zum Abklappern der Betriebe anzuhalten und im selben Atemzug, unbewegten Gesichtes, zu erklären: Nein, die Bundesregierung beabsichtigt keine weiteren Programme aufzulegen. Es war richtig widerwärtig, mit dem einen Ohr diese Argumentation zu hören und mit dem anderen aufzufangen, wie schnell wütende Bauernproteste Milliarden aus der Staatskasse lockermachen können.

Von dieser Bundesregierung hatten die Jugendlichen bislang nichts zu erwarten als Vertröstungen und bestenfalls minderwertige Versprechungen. Während wir vor Monaten bereits sauber finanziert und technisch schnell zu realisierende Initiativen für die suchenden Jugendlichen forderten, igelte sich die Bundesregierung bei den Durchhalte-Linien von Blüm und Wilms ein, angespornt noch vom sparwütigen Finanzminister. Unsere Forderungen wurden ignoriert oder mit Hohnlächeln bedacht.

Nun scheint der Punkt gekommen zu sein, daß selbst Stoltenberg das Thema Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenknappheit so unter den Nägeln brennt, daß er sich bewegen will - allerdings auf Kosten des Schrumpfetats des Bildungsministeriums. Das bedeutet, daß eventuell ein halbherziger Schritt getan wird, eingekleimt zwischen Finanznot und dem einsetzenden ideologischen Gezerre in der Regierung um die richtige marktwirtschaftliche Fundamentierung.

Da paßt es ins Bild, daß Blüm und Frau Wilms heute mit Spitzenvertretern der Wirtschaft vor die Kameras steigen, um dieses "Häppchen" unter die Leute zu bringen, verbunden mit beschwörenden Appellen, nur nicht nachzulassen in der Jagd nach einer Lehrstelle und der Versicherung, man tue alles, um den Jugendlichen zu helfen.

Dies ist nichts anderes als ein Notstopfen, ein miserabel angelegtes Ablenkungsmanöver. Mich wundert eigentlich, daß sich seriöse und ansonsten ernstzunehmende Gesprächspartner aus den Wirtschaftsverbänden hierfür hergeben. An der sozialen Not der Zehntausende Jugendlicher, an ihrer wachsenden Resignation, oder ihrer Wut auf diesen Staat, wird das nichts ändern.  
(-/4.10.1984/ks/va)

+ + +



Die Bundesregierung versagt in der Beamtenpolitik

---

Bilanz nach zwei Jahren CDU/CSU-Regierung

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Inneres der SPD-Bundestagsfraktion

Entgegen früheren Ankündigungen führender CDU/CSU-Politiker hat die Bundesregierung gegenüber dem öffentlichen Dienst einen radikalen Kurs der Einkommenskürzungen und -beschränkungen eingeschlagen. Konzeptionen zur Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes fehlen.

Die Bundesregierung hat die Anpassung der Beamtenbesoldung an die Allgemeine Einkommensentwicklung nicht "objektiviert", wie mancher vielleicht erwartet hatte. Sie hat auch nichts unternommen, um das "Nebeneinander von Beamten einerseits und Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes andererseits in der systemlosen Form" zu beseitigen. Diese Forderungen, einst von Helmut Kohl erhoben, wurden von der Bundesregierung fallen gelassen. Statt die Besoldungsanpassung zu "objektivieren" wird sie jetzt von einseitigen politischen Bewertungen der Bundesregierung abhängig gemacht. Statt das "systemlose" Nebeneinander der Beschäftigtengruppen zu beseitigen, wird versucht, die Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen. Dabei will die Bundesregierung den Beamtenanteil im öffentlichen Dienst möglichst ausweiten. Diese Politik hat zwar eine gewisse Methode, ist aber weit davon entfernt, die Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes in sachgerechte, zukunftsweisende Bahnen zu lenken. Der Gedanke der Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstes wurde restlos aufgegeben.

In unserer kurzlebigen Zeit ist die chaotische Dienstrechtspolitik der Adenauer- und Erhard-Ära weitgehend in Vergessenheit geraten. Gerade diese Politik entzündete jedoch die Reformdiskussion und führte letztlich zur Einsetzung der "Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts". Das Scheitern der Kommission hat verschiedene Ursachen. Als eine wesentliche Ursache ist der Widerstand von CDU und CSU in Bundestag und Bundesrat, in dem sie auch im vergangenen Jahrzehnt die Mehrheit hatten, anzusehen. Die sozialliberale Koalition hat demgegenüber vergeblich versucht, etwas zu ändern.

Wer Hoffnungen in die "Wende" gesetzt hat, hat von Anfang an übersehen, daß CDU und CSU den jetzigen Zustand jeder größeren Veränderung des öffentlichen Dienstrechts vorziehen. Sie zeigten seit 1969 insbesondere durch ihr Verhalten im Bundesrat, daß sie an einer konzeptionellen Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes nicht interessiert waren. Was hier geboten wurde, war eine kurzatmige Interessenpolitik verbunden mit Bekenntnissen zum "Berufsbeamtentum". Viele Vorhaben waren durch einen Zickzack-Kurs der CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates gekennzeichnet.

Im Jahre 1969 schrieb der "Spiegel" über die Beamtenpolitik der CDU:

"Fünf Legislaturperioden lang taten die Christdemokraten wenig, um den öffentlichen Dienst, der zuviel '19. Jahrhundert' (Bundeskanzler Kiesinger) enthält, für das 20. Jahrhundert zu reformieren. Sie schmierten den Verwaltungsapparat allenfalls mit Gehaltzulagen, damit er reibungslos auf Unionsgleis lief. Erst jetzt, zehn Wochen vor der nächsten Wahl, präsentierte die CDU ... 'Leitsätze' für die 1,4 Millionen deutschen Beamten ... Freilich - auf die Frage, wie das 19. Jahrhundert aus deutschen Amtsstuben raus- und das 20. reingezwungen werden könnte, haben die Sprüche-Macher bislang nur Allgemeinplätze parat."

Es ist zu befürchten, daß dieser Blick in die Vergangenheit auch Auskunft über die künftige Politik der jetzigen Bundesregierung gibt. (-/4.10.1984/ks/va)

+ + +



Der Dr. Mabuse der deutschen Innenpolitik  
-----

Friedrich Zimmermanns Rolle in der Frage der Ausländerpolitik

Von Thomas Schröder MdB

Mitglied im Innenausschuß des Bundestages

Es stünde allen politischen Gruppierungen gut an, wenn sie sich selbst - aber auch öffentlich - klar machen: Wir haben zulange verdrängt, daß weit mehr als vier Millionen Ausländer in unserem Land leben. Die Geschichte der Ausländerpolitik in unserer Republik ist so zu einer Abfolge von Unzulänglichkeiten, Fehlern und Versäumnissen geworden. Die Zeit der sozialliberalen Koalition ist hiervon nicht auszunehmen. Mehr als einmal war ihre Ausländerpolitik geprägt von der Angst vor der eigenen Courage und blieb in Halbherzigkeiten stecken.

Mittlerweile jedoch sind die ausländerpolitischen Halbherzigkeiten von einer Politik der Härtherzigkeit abgelöst worden. Der Bundeskanzler hat bei seinem Amtsantritt eine "Gesellschaft mit menschlichem Antlitz" versprochen. Der Alltag aber der bei uns lebenden Ausländer ist bestimmt durch Ämter, Formulare, Paß und Stempel. Ihnen zeigt unsere Gesellschaft nicht das menschliche Antlitz, sondern die Kehrseite der Bürokratenrepublik des Dr. Friedrich Zimmermann.

Wie kein anderer steht der Name Friedrich Zimmermann für die Exekution einer restriktiven Politik gegen Minderheiten. In seiner schrecklichen Liebe zum deutschen Film hat Friedrich Zimmermann die Rolle des "Försters vom Sterbewald" zu seiner Traumrolle erkoren. Seine wahre Rolle aber ist die des Dr. Mabuse der deutschen Innenpolitik. Wie diesem gelingt ihm nie der ganz große Coup, aber es gelingt ihm, durch Drohgebärden Menschen in Furcht und Unsicherheit zu stürzen. Ihn beleidigt es keineswegs, wenn er als "Ankündigungsminister" tituliert wird. Nein, mit Stolz verweist er darauf, auch mit der bloßen Ankündigung verschärfter gesetzlicher Regelungen im Ausländerrecht die Zahl der hier lebenden Ausländer vermindert zu haben. Seine Politik zielt nicht darauf, Menschen Ängste zu nehmen, sie zielt darauf, Angst zu machen. Sie ist zutiefst inhuman.

Bei uns leben heute rund 4,5 Millionen Ausländer. Das ist bloß eine Zahl. Dahinter verbergen sich 4,5 Millionen Individuen mit je eigenem Anspruch auf Zukunft, Glück und Sicherheit. Wir sind gefordert, ihnen diese Sicherheit zu geben.

(-/4.10.1984/ks/rs)

+ + +



**Schwarz-Schilling als Spaltpilz**  
-----

Im öffentlichen Dienst Beschäftigte sollen auseinanderdividiert werden

Von Carl-Heinz Schmurr

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft  
für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsfeindlichkeit der Regierung Kohl/Genscher zeigt sich auf allen Feldern der Politik. Nachdem Bundesarbeitsminister Blüm seit seinem Amtsantritt nichts anderes tut, als die von Gewerkschaften und Sozialdemokraten erkämpften sozialen Leistungen und Rechte für Arbeitnehmer wieder abzubauen, um dem Verlangen der Arbeitgeberzentrale zu entsprechen, Bundesfinanzminister Stoltenberg die Gewerkschaften für die miserable Arbeitsmarktlage verantwortlich macht, statt eigenes Versagen zuzugeben, befleißigt sich Bundespostminister Schwarz-Schilling, die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit und das Streikrecht der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zu unterlaufen.

Jüngstes Beispiel ist die Verfügung des Bundespostministers zu Streiks und streikähnlichen Maßnahmen von Beamten. Nach "Dienstherrenart" wurde schon vor Bekanntwerden der Forderungen der Deutschen Postgewerkschaft zur diesjährigen Tarifrunde in der Art eines obrigkeitstaatlichen Erlasses der Versuch unternommen, die Arbeitnehmer der Deutschen Bundespost einzuschüchtern. In diesem Erlaß wird behauptet:

- Beamte seien zur sogenannten Streikarbeit verpflichtet und
- es bestehe eine herrschende Rechtsauffassung, nach der der Streikeinsatz von Beamten zulässig sei.

Wer dagegen verstosse, habe mit Disziplinarmaßnahmen zu rechnen: "Das ungewöhnlich hohe disziplinarische Gewicht von Streikhandlungen eines Beamten erfordert nach der Rechtsprechung regelmäßig die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens." Gegen Beamte, Verbände und Gewerkschaften werden Schadenersatzansprüche angedroht.

Erneut wird hier die besondere Rechtsstellung von Beamten als Hebel gegen grundgesetzlich garantierte Rechte der Arbeiter und Angestellten mißbraucht. Wenn Beamte als Streikbrecher eingesetzt oder zu Mehrarbeit für durch Streik ausgefallene Arbeitszeit aufgefordert werden, ist dies nicht nur eine Verschiebung von Kampfparität und Waffengleichheit, sondern gleichzeitig ein eindeutiger Verstoß gegen das in der Ver-



fassung verbriefte Koalitionsrecht. Mit diesem Versuch, einen legalen Streik der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zu unterlaufen, handelt der Staat nicht mehr als gleichberechtigter Tarifpartner im Rahmen der Tarifautonomie. Dieser Verstoß gegen das Streikrecht ist ein unzulässiges Kampfmittel.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) hat auf ihrer letzten Bundeskonferenz dazu eine eindeutige Stellungnahme abgegeben: "Die elementaren Ziele sozialdemokratischer Arbeitnehmerpolitik und die Partnerschaft der SPD mit der Gewerkschaftsbewegung erfordern zwingend, daß sichergestellt wird, daß - solange kein einheitliches Personalrecht geschaffen ist - die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes nicht gegeneinander ausgespielt werden."

Ein Streik als Arbeitsk Kampfmaßnahme richtet sich nicht gegen den Staat als Hoheitsträger, sondern gegen den Staat in seiner Funktion als Arbeitgeber. In dieser Funktion muß der Staat wie jeder andere Arbeitgeber grundsätzlich mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln rechnen. Die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit muß auch für Beamte gelten. Die Betätigung von Beamten in ihrer Gewerkschaft muß gewährleistet sein. Sie müssen das Recht haben, für ihre eigenen Interessen einzutreten und sich gegenüber anderen Arbeitnehmergruppen solidarisch zu verhalten. So umstritten das Streikrecht für Beamte auch sein mag: angesehene Juristen, wie zum Beispiel der ehemalige Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Professor Dr. Müller, halten den Einsatz von Beamten auf Arbeitsplätzen streikender Arbeiter und Angestellten für rechts- und verfassungswidrig.

Bundespostminister Schwarz-Schilling sollte sich gut überlegen, ob er nach dem Debakel mit seiner widersprüchlichen Verkabelungspolitik und der undifferenzierten Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen mit dem Ergebnis einer erheblichen Verschlechterung der postalischen Dienstleistungen nicht nur als politischer Versager, sondern auch mit dem Vorwurf des Rechtsbruchs in die Geschichte dieser Koalition eingehen will. Wie's aussieht, ist sein Nachruf nach hoffentlich baldigem Ende seiner politischen Karriere mit dieser Kennzeichnung schon vorprogrammiert.

(-/4.10.1984/ks/va)

+ + +

